



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Doris Rauscher, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl** und **Fraktion (SPD)**

### **Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern verbessern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend folgende Maßnahmen zur Verbesserung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung in Bayern zu ergreifen:

1. flächendeckende Krisenversorgung ausbauen durch
  - gesetzliche Verankerung und flächendeckender Ausbau der ambulanten sozialpsychiatrischen Dienste mit ausreichender personeller Ausstattung,
  - Stärkung und Ausbau ambulanter Krisendienste für schnelle und unkomplizierte Hilfe,
2. ambulante Versorgung stärken durch
  - Unterstützung der Bezirke beim Ausbau flächendeckender ambulanter psychiatrischer Angebote,
  - Erhöhung der Masterstudienplätze für Psychotherapie in Bayern zur Schaffung ausreichender Therapieplätze sowie finanzielle Unterstützung für Psychotherapeuten in Weiterbildung,
  - Ausbau der Traumabegleitung und Behandlungsmöglichkeiten für Geflüchtete mit psychischen Erkrankungen
3. integrierte Versorgung fördern durch
  - Stärkung der Zusammenarbeit zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen,
  - Förderung von Netzwerken zwischen Hausärzten, Psychiatern, Psychotherapeuten und Krankenhäusern,
  - Ausbau und Förderung psychiatrischer Institutsambulanzen,
  - Implementierung von digitalen Lösungen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Leistungserbringern,
4. Kinder- und Jugendpsychiatrie verbessern durch
  - Schaffung spezieller Angebote für Kinder und Jugendliche, insbesondere in ländlichen Regionen,
  - Einsatz von kinder- und jugendpsychiatrischen Fachkräften in sozialpsychiatrischen Diensten,
  - Ausbau der psychiatrischen und psychologischen Gesundheitsvorsorge an Schulen,

5. Wohnformen für Menschen mit seelischer Behinderung fördern durch
  - finanzielle Förderung von Einrichtungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit seelischer Behinderung,
  - praktikable Investitionskostenförderung für die Schaffung von besonderen Wohnformen,
6. Entstigmatisierung vorantreiben durch
  - mehr Aufklärungsarbeit zu psychischen Erkrankungen in Schulen und Betrieben,
  - Schaffung eines Landespsychiatriebeirats, um die Rechte und Stellung der Menschen mit psychischen Erkrankungen zu stärken.

**Begründung:**

Die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern muss dringend verbessert werden. Die jüngsten Ereignisse in Aschaffenburg, bei denen ein Täter mit psychischer Erkrankung zwei Menschen tötete, unterstreichen die Dringlichkeit dieses Anliegens.

Obwohl immer mehr Menschen in Bayern im Laufe ihres Lebens psychisch erkranken, ist die Versorgungssituation unzureichend. Laut dem Zweiten Bayerischen Psychiatriebericht leidet mehr als ein Viertel der bayerischen Bevölkerung an einer psychischen Erkrankung. Das sind etwa 3 Millionen Menschen, darunter mehr als 300 000 Kinder und Jugendliche. Die Wahrscheinlichkeit, einmal im Leben psychisch zu erkranken, liegt bei über 50 Prozent. Menschen mit niedrigem Einkommen sind häufiger betroffen als finanziell besser gestellte Bevölkerungsgruppen.

Die meisten Menschen mit psychischen Erkrankungen werden ambulant behandelt. Die Versorgungsangebote sind jedoch nicht ausreichend und unterscheiden sich von Region zu Region erheblich. Sehr oft müssen Patientinnen und Patienten lange Wartezeiten von mehreren Monaten in Kauf nehmen. Auch vor dem Hintergrund der hohen und seit Jahren steigenden Suizidrate in Bayern, die meist in Zusammenhang mit einer psychischen Krisensituation steht, ist dies nicht hinnehmbar.

Der Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK) kritisiert die CSU-Pläne zur Verschärfung des Umgangs mit psychisch erkrankten Menschen scharf. Sie seien „weder angemessen noch wirksam“ und trügen dazu bei „Betroffene und ihre Familien weiter zu stigmatisieren“. Die BApK-Vorsitzende warnt eindringlich: „Die Ereignisse in Aschaffenburg müssen als Mahnung verstanden werden, endlich die Ressourcen und Mittel in die Hand zu nehmen und so zu lenken, dass eine umfassende und menschenwürdige Versorgung sichergestellt werden kann“.

Die Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen ist immer noch großes Problem in unserer Gesellschaft. Sie führt dazu, dass Menschen aus Angst und Scham keine Hilfe in Anspruch nehmen, obwohl sie diese dringend bräuchten. Dies bestätigt auch der Zweite Bayerische Psychiatriebericht. Damit ist weder den Menschen mit psychischen Erkrankungen noch der Gesellschaft insgesamt geholfen.

Die SPD-Fraktion fordert die Staatsregierung daher auf, endlich zu handeln und die notwendigen finanziellen Mittel für eine flächendeckende psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung bereitzustellen und einen umfassenden Versorgungsplan auszuarbeiten, der Prävention, Früherkennung, ambulante und stationäre Behandlung sowie Nachsorge gleichermaßen berücksichtigt. Nur so können wir eine flächendeckende und wirksame Versorgung psychisch erkrankter Menschen in Bayern gewährleisten und künftige Tragödien verhindern.